

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 28. Februar 1994 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Moldau über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

A. Zielsetzung

Verstärkung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen durch Förderung und Schutz gegenseitiger Kapitalanlagen.

B. Lösung

Völkerrechtliche Absicherung von Direktinvestitionen, insbesondere durch Gewährleistung des freien Transfers von Kapital und Erträgen, Vereinbarung von Inländerbehandlung und Meistbegünstigung, Enteignungsschutz und Entschädigungspflicht sowie Rechtsweggarantie und internationaler Schiedsgerichtsbarkeit.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten der öffentlichen Haushalte

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Keine

2. Vollzugsaufwand

Es entsteht kein Vollzugsaufwand.

E. Sonstige Kosten

Kosten für die Wirtschaft und für soziale Sicherungssysteme entstehen nicht.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (412) – 651 09 – Ka 90/97

Bonn, den 12. Mai 1997

An die
Präsidentin des
Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 28. Februar 1994 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Moldau über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Die Vorlage ist von dem Bundesministerium für Wirtschaft und dem Auswärtigen Amt gemeinsam erstellt worden.

Der Bundesrat hat in seiner 711. Sitzung am 25. April 1997 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Dr. Helmut Kohl

**Entwurf
Gesetz
zu dem Vertrag vom 28. Februar 1994
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Moldau
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Chisinau am 28. Februar 1994 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Moldau über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen sowie dem dazugehörigen Protokoll vom selben Tage wird zugestimmt. Der Vertrag und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das im Vertrag vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf Steuern bezieht, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 und das Protokoll in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da es sich um einen Rechtsrahmen handelt, der über den in der Bundesrepublik Deutschland ohnehin bestehenden Rechtsschutz nicht hinausgeht.

Kosten bei Wirtschaftsunternehmen, insbesondere bei mittelständischen Unternehmen entstehen durch die Ausführung des Gesetzes nicht, da es ausschließlich einen erweiterten völkerrechtlichen Rechtsschutz für Investitionen in Moldau schafft.

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Moldau
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Acord
între Republica Federală Germania
și Republica Moldova
privind promovarea și protejarea reciprocă a investițiilor

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Moldau –

Republica Federală Germania
și
Republica Moldova

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfaßt der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld, das verwendet wurde, um einen wirtschaftlichen Wert zu schaffen, oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, technische Verfahren, Know-how und Goodwill;
 - e) öffentlich-rechtliche Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnungskonzessionen;eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
 - a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,

in der Absicht, die Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten zu vertiefen,

preocupate de a crea condiții favorabile pentru investiții de către cetățeni sau societăți ale unui stat pe teritoriul celui alt stat,

recunoscând că promovarea și garantarea contractuală a acestor investiții sunt în măsură să stimuleze inițiativa privată în economie și să sporească bunăstarea ambelor popoare,

au convenit cele ce urmează:

Articolul 1

Pentru scopurile acestui Acord:

1. Termenul «investiții» cuprinde valori patrimoniale de orice natură, în special
 - a) proprietate de bunuri mobile și imobile precum și alte drepturi reale ca ipoteci și drepturi de ipotecă;
 - b) părți sociale la societăți și alte feluri de participații la societăți;
 - c) creanțe privind mijloace bănești care au fost folosite în vederea creării unei valori economice sau servicii care au o valoare economică;
 - d) drepturi de proprietate intelectuală, ca în special: drepturi de autor, brevete, mostre de utilizare, mărci de fabrică, nume comerciale, secrete privind întreprinderea și tranzațiile, procedee tehnologice, know-how și goodwill;
 - e) concesiuni de drept public, inclusiv concesiunile de prospecțiuni și exploatare.Modificarea formei de plasament a valorilor patrimoniale nu afectează calitatea acestora de investiție.
2. Termenul «beneficii» se referă la acele câștiguri pe care o investiție le realizează într-un timp dat, de ex. cote părți din profit, dividende, dobânzi, licențe sau alte compensații.
3. Termenul «cetățean» se referă la:
 - a) cu privire la Republica Federală Germania: Germani în conformitate cu prevederile Legii Fundamentale a Republicii Federale Germania;

- b) in bezug auf die Republik Moldau:
natürliche Personen, die gemäß den Rechtsvorschriften Staatsangehörige der Republik Moldau sind;
4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“
- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht,
- b) in bezug auf die Republik Moldau:
jede juristische Person, die gemäß den Rechtsvorschriften der Republik Moldau gegründet worden ist und die ihren ständigen Sitz in deren Hoheitsgebiet hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht und ob sie sich in privatem oder staatlichem Besitz befindet.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. Sie wird Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

(2) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluß von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziierung damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel gewährte Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muß dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muß unverzüglich geleistet werden

- b) cu privire la Republica Moldova persoanele fizice cetățeni ai Republicii Moldova în conformitate cu legislația ei în vigoare.

4. Termenul «societăți» se referă la:

- a) Cu privire la Republica Federală Germania:
Orice persoană juridică precum și orice societate comercială sau altfel de societate sau asociație cu sau fără personalitate juridică care își are sediul pe teritoriul Republicii Federale Germania, indiferent dacă prin activitatea ei este orientată spre realizarea de profit sau nu;
- b) Cu privire la Republica Moldova:
Orice persoană juridică, constituită în conformitate cu legislația Republicii Moldova, cu sediul social permanent pe teritoriul acesteia indiferent de faptul dacă aceasta a fost constituită în scopul unui câștig pecuniar și dacă este proprietate privată sau de stat.

Articolul 2

(1) Fiecare Parte Contractantă va încuraja după posibilități pe teritoriul ei investiții ale cetățenilor sau societăților celeilalte Părți Contractante și va accepta aceste investiții în conformitate cu prevederile ei legale. În orice caz ea va acorda un tratament just și echitabil investițiilor.

(2) Nici una dintre Părțile Contractante nu va prejudicia în vreun fel prin măsuri abuzive sau discriminatorii administrarea, utilizarea, dispunerea sau exploatarea investițiilor ale cetățenilor sau societăților celeilalte Părți Contractante pe teritoriul ei.

Articolul 3

(1) Fiecare Parte Contractantă, pe teritoriul său, nu va trata investiții care sunt proprietate sau se află sub influența cetățenilor sau societăților celeilalte Părți Contractante mai puțin favorabil decât investiții ale cetățenilor și societăților proprii sau decât investiții ale cetățenilor și societăților din terțe state.

(2) Fiecare Parte Contractantă tratează cetățenii sau societățile altei Părți Contractante vis-a-vis de activitatea lor în legătură cu investițiile pe teritoriul său nu mai puțin favorabil decât pe proprii săi cetățeni și societăți sau cetățenii și societățile statelor terțe.

(3) Acest tratament nu se referă la drepturile preferențiale pe care o Parte Contractantă le acordă cetățenilor sau societăților unui terț stat în baza apartenenței la o uniune vamală sau economică, la o piață comună sau la o zonă a liberului schimb sau în baza asocierii la una dintre acestea.

(4) Tratamentul acordat în acest articol nu se referă la avantaje pe care o Parte Contractantă le acordă cetățenilor sau societăților din terțe state în bază unui acord de evitare a impunerii duble sau a altor acorduri fiscale.

Articolul 4

(1) Investițiile cetățenilor sau societăților unei Părți Contractante se bucură pe teritoriul celeilalte Părți Contractante de protecție și de securitate deplină.

(2) Investițiile efectuate de un cetățean sau de o societate ale unei Părți Contractante pe teritoriul celeilalte Părți Contractante nu pot fi expropriate, naționalizate sau supuse altor măsuri similare prin efectele lor unei exproprieri sau naționalizări decât în interes public și contra unei despăgubiri. Despăgubirea trebuie să corespundă valorii pe care a avut-o investiția expropiată nemijlocit înainte de momentul în care s-a făcut publică sau a apărut ca pericol efectuarea exproprierii, a naționalizării sau a măsurii similare. Plata trebuie efectuată fără întârziere iar la suma de despăgubire se adaugă dobânzile bancare curente percepute până în ziua

und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muß tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muß in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses im Fall vollständiger oder teilweiser Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte oder Ansprüche dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an. Ferner erkennt die andere Vertragspartei den Eintritt der erstgenannten Vertragspartei in alle diese Rechte oder Ansprüche (übertragene Ansprüche) an, welche die erstgenannte Vertragspartei in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absatz 2 oder 3, Artikel 5 oder 6 erfolgen unverzüglich zu dem jeweils gültigen Kurs der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet die Kapitalanlage getätigt wurde.

(2) Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs (cross rate) entsprechen, der sich aus denjenigen Umrechnungskursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft

effektuiert werden. Despagubirea trebuie să fie efectiv disponibilă și liber transferabilă. Cel târziu la data exproprierii, a naționalizării sau a măsurii similare trebuie să se ia măsuri corespunzătoare pentru evaluarea și compensarea despăgubirii. Legalitatea măsurii de expropriere, de naționalizare sau a altei măsuri similare și cuantumul despăgubirii trebuie să poată fi examinate printr-o procedură juridică ordinară.

(3) Cetățeni sau societăți ale unei Părți Contractante ale căror investiții suferă pierderi datorate războaielor sau altor conflicte armate, revoluțiilor, stării excepționale sau revoltelor pe teritoriul celeilalte Părți Contractante nu vor fi tratate de către aceasta mai puțin favorabil decât proprii cetățeni sau propriile societăți în ceea ce privește restituiri, compensații, despăgubiri sau alte contraprestații. Astfel de plăți trebuie să fie liber transferabile.

(4) Cetățenii și societățile unei Părți Contractante pe teritoriul celeilalte Părți Contractante se bucură de regimul națiunii celei mai favorizate în problemele reglementate de acest articol.

Articolul 5

Fiecare Parte Contractantă garantează cetățenilor sau societăților celeilalte Părți Contractante liberul transfer al sumelor legate de plățile efectuate în legătură cu o investiție, în special

- a) al capitalului și al sumelor suplimentare destinate menținerii sau majorării de capital;
- b) al beneficiilor;
- c) al sumelor destinate rambursării împrumuturilor;
- d) al sumelor rezultate din lichidare în cazul lichidării totale sau parțiale sau al instrăinării investiției;
- e) al despăgubirilor prevăzute de articolul 4.

Articolul 6

Dacă una dintre Părțile Contractante efectuează plăți către cetățenii săi sau societățile sale în bază unei garanții pentru o investiție efectuată pe teritoriul celeilalte Părți Contractante, cealaltă Parte Contractantă recunoaște, fără ca să limiteze drepturile care rezultă din articolul 10 ale Părții Contractante întâi numite, transmiterea tuturor drepturilor sau obligațiilor acestor cetățeni sau societăți în baza legii sau a tratatelor juridice asupra primei Părți Contractante. De asemenea cealaltă Parte Contractantă recunoaște subrogarea Părții Contractante întâi menționate în toate aceste drepturi sau obligații (obligații transmise), pe care mai întâi numită Parte Contractantă are dreptul să le exercite în aceeași măsură ca și predecesorii săi de drept. Transferul de plăți în baza obligațiilor transmise se efectuează în conformitate cu articolul 4 alin. 2 și 3 respectiv articolul 5.

Articolul 7

(1) Transferurile potrivit articolului 4 alin. 2 sau 3 și articolelor 5 sau 6 se efectuează neîntârziat în conformitate cu rata oficială de schimb existentă la momentul transferului pe teritoriul Părții Contractante căreia a fost efectuată investiția.

(2) Acest curs trebuie să corespundă cursului de convertire (cross-rate) care rezultă din acele cursuri de convertire pe care Fondul Monetar Internațional le-ar aplica pentru convertirea valurilor respective în drepturi speciale de tragere la momentul efectuării plății.

Articolul 8

(1) În cazul în care rezultă din prevederile legale ale uneia dintre Părțile Contractante sau în baza unor obligații de drept internațional care există pe lângă acest Acord între Părțile Contractante sau

begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag gilt auch für Kapitalanlagen, die Staatsangehörige oder Gesellschaften der einen Vertragspartei in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet schon vor dem Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen haben.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

(6) Sind beide Vertragsparteien auch Vertragsstaaten des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten, so kann mit Rücksicht auf die Regelung in Artikel 27 Absatz 1 des Übereinkommens das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht insoweit nicht angerufen werden, als zwischen dem Staatsangehörigen oder der Gesellschaft einer Vertragspartei und der anderen Vertragspartei eine Vereinbarung nach Maßgabe des Artikels 25 des Übereinkommens zustande gekommen ist. Die Möglichkeit, das vorstehend vorgesehene Schiedsgericht im Fall der Nichtbeachtung einer Entscheidung des Schiedsgerichts des genannten Übereinkommens (Artikel 27) oder im Fall der Übertragung kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts nach Artikel 6 dieses Vertrags anzurufen, bleibt unberührt.

urmează să se stabilească în viitor, o reglementare generală sau specială în baza căreia investițiile cetățenilor sau societăților celeilalte Părți Contractante trebuie să fie tratate mai favorabil decât prevede Acordul de față, atunci respectiva reglementare are prioritate față de prezentul Acord în măsura în care este mai favorabilă.

(2) Fiecare Parte Contractantă va respecta orice altă obligație pe care și-a asumat-o în legătură cu investițiile cetățenilor sau societăților celeilalte Părți Contractante pe teritoriul său.

Articolul 9

Acest Acord este valabil și pentru investițiile pe care cetățeni sau societăți ai unei Părți Contractante le-au efectuat în conformitate cu prevederile legale ale celeilalte Părți Contractante pe teritoriul acesteia încă înainte de intrarea în vigoare a prezentului Acord.

Articolul 10

(1) Diferențele dintre Părțile Contractante privitoare la interpretarea sau aplicarea prezentului Acord se soluționează, pe cât posibil, de către guvernele celor două Părți Contractante.

(2) În cazul în care un diferend nu poate fi soluționat pe această cale, la cererea uneia dintre cele două Părți Contractante el este supus unui tribunal de arbitraj.

(3) Tribunalul de arbitraj se va constitui de la caz la caz prin numirea a cîte un membru (arbitru) de către fiecare Parte Contractantă. La rîndul lor cei doi arbitri convin asupra unui cetățean dintr-un stat terț, ca președinte (supra-arbitru), acesta urmînd să fie desemnat de către guvernele celor două Părți Contractante. Arbitrii trebuie numiți în decurs de două luni, președintele în decurs de trei luni, de la data la care una dintre Părțile Contractante i-a comunicat celeilalte intenția de a supune diferendul unui tribunal de arbitraj.

(4) În cazul în care termenele prevăzute de alin. 3 nu sunt respectate, este posibil ca în lipsa unei alte înțelegeri fiecare dintre Părțile Contractante să se adreseze Președintelui Curții Internaționale de Justiție pentru numirile necesare. Dacă Președintele deține cetățenia uneia dintre cele două Părți Contractante sau dacă este reținut dintr-un alt motiv, numirea se va face de către Vicepreședinte. Dacă însă și Vicepreședintele deține cetățenia uneia dintre cele două Părți Contractante sau este la rîndul său reținut, numirea se va face de către următorul membru al Curții în ordine ierarhică care nu deține cetățenia uneia dintre cele două Părți contractante.

(5) Tribunalul de arbitraj decide prin majoritate de voturi. Hotărârile sale sunt obligatorii. Fiecare Parte Contractantă suportă cheltuielile pentru arbitru desemnat de ea și pentru predarea și pentru reprezentarea sa la procedura de arbitraj. Cheltuielile pentru președinte (supra arbitru) și celelalte cheltuieli vor fi suportate în părți egale de către Părțile Contractante. Tribunalul poate să stabilească o altă modalitate de repartizare a cheltuielilor. În afara prevederilor de mai sus, tribunalul de arbitraj își stabilește propria sa procedură.

(6) În cazul în care ambele Părți Contractante sunt totodată Părți Contractante ale Convenției din 18 martie 1965 privind soluționarea diferendelor legate de investiții între state și resortisanți ai altor state, nu se poate face apel la tribunalul de arbitraj numit mai înainte, ținînd cont de reglementarea prevăzută în articolul 27 alin. 1 al Convenției, deoarece între cetățenii sau societățile unei Părți Contractante și cealaltă Parte Contractantă există deja o înțelegere în conformitate cu articolul 25 al Convenției. Posibilitatea de a recurge la tribunalul de arbitraj numit mai înainte în cazul nerespectării unei hotărîri a tribunalului de arbitraj constituit în baza Convenției (articolul 27) sau în cazul subrogării în baza legii sau a tranzacțiilor juridice în conformitate cu articolul 6 al prezentului Acord rămîne neatinsă.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, wird die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.

(3) Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in dem genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(4) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, daß der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf schriftlich kündigt. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Chisinau am 28. Februar 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher und rumänischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pentru Republica Federală Germania
Giffels

Für die Republik Moldau
Pentru Republica Moldova
Cheptene

Articolul 11

(1) Diferendele privind investițiile care apar între una dintre Părțile Contractante și un cetățean sau o societate a celeilalte Părți Contractante trebuie să se soluționeze, pe cât posibil, pe calea amiabilă între părțile participante la diferend.

(2) În cazul în care diferendul nu poate fi soluționat în decurs de șase luni de la data la care a fost anunțat de către una dintre cele două părți implicate, la propunerea cetățeanului sau a societății celeilalte Părți Contractante el va fi supus unei proceduri de arbitraj. În măsura în care părțile implicate nu stabilesc o altă înțelegere, diferită de aceasta, diferendul se va supune unei proceduri de arbitraj în cadrul Convenției din 18 martie 1965 privind soluționarea diferendelor legate de investiții între state și resortisanți ai altor state.

(3) Hotărîrea arbitrajului este obligatorie și nu este supusă nici unor altor mijloace juridice sau altor căi legale decît celor prevăzute de Convenția mai sus numită. Ea se execută în conformitate cu legislația internă a statului respectiv.

(4) Partea Contractantă implicată în diferend nu va folosi ca argument în timpul unei proceduri de arbitraj sau al executării hotărîrii acestuia faptul că cetățeanul sau societatea celeilalte Părți Contractante a obținut o despăgubire, parțială sau integrală pentru paguba suferită printr-o asigurare.

Articolul 12

Acest Acord este valabil indiferent dacă între cele două Părți Contractante există relații diplomatice sau relații consulare.

Articolul 13

(1) Prezentul Acord va fi supus ratificării, instrumentele de ratificare urmînd a fi schimbate cît mai curînd la Bonn.

(2) Prezentul Acord va intra în vigoare la o lună după efectuarea schimbului instrumentelor de ratificare. El va rămîne în vigoare pentru o perioadă de zece ani, prelungindu-se apoi pe o perioadă nelimitată, dacă nu a fost denunțat, în scris, de către una dintre Părțile Contractante cu douăsprezece luni înainte de expirarea perioadei respective de valabilitate. După încheierea celor zece ani Acordul poate fi denunțat oricînd, respectîndu-se o perioadă de preaviz de douăsprezece luni.

(3) Pentru investițiile efectuate pînă la data încetării valabilității prezentului Acord prevederile articolelor 1 pînă 12 continuă să fie aplicabile pe o perioadă de douăzeci de ani începînd cu data încetării valabilității acestuia.

Semnat la Chișinău la 28 februarie 1994 în două exemplare originale, fiecare în limba germană și în limba română, ambele texte avînd aceeași valabilitate.

Protokoll

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Moldau über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteile des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.
- b) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

(2) Zu Artikel 2

- a) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen sind, genießen den vollen Schutz des Vertrags.
- b) Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als eine „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die unterschiedliche Behandlung im Falle von Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, die unterschiedliche Behandlung im Falle von Behinderungen beim Handel mit Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, welche gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- c) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

Protocol

La semnarea Acordului între Republica Federală Germania și Republica Moldova privind promovarea și protejarea reciprocă a investițiilor semnatarii împuterniciți au mai convenit și asupra următoarelor dispoziții, care constituie partea integrantă a Acordului.

(1) Referitor la articolul 1

- a) beneficiile rezultate din investiții și, în cazul reinvestirii acestora, beneficiile rezultate din aceasta se bucură de aceeași garanție ca și investițiile sus numite.
- b) indiferent de alte proceduri de stabilire a cetățeniei, se consideră în special a fi cetățean al unei Părți Contractante orice persoană care se află în posesia unui pașaport național al Părții Contractante respective.

(2) Referitor la articolul 2

- a) investițiile care au fost efectuate în conformitate cu prevederile legale ale unei Părți Contractante pe teritoriul acesteia de către cetățeni sau societăți ale celeilalte Părți Contractante se bucură de protejarea deplină în baza Acordului.
- b) Valabilitatea Acordului se extinde de asemenea asupra teritoriilor aparținând de zona economică exclusivă a unei Părți și asupra platoului continental, în măsura în care dreptul internațional permite respectivei Părți Contractante exercitarea de drepturi suverane sau de suveranitate teritorială în acele teritorii.

(3) Referitor la articolul 3

- a) Prin «activitate» în sensul articolului 3 alin. 2 se înțelege în special, dar nu numai, administrarea, dispunerea, utilizarea și exploatarea unei investiții. Printr-un tratament «mai puțin favorabil» în sensul articolului 3 se înțelege în special: aplicarea unui tratament diferit prin restricții la procurarea de materii prime sau materii auxiliare, energie și carburanți, precum și mijloace și factori de producție de orice natură, prin împiedicarea comerțului cu produse pe piața internă și externă, precum și prin alte măsuri cu efect asemănător. Măsuri dictate de necesitatea asigurării securității publice și a ordinii, a sănătății la nivel național sau a bunelor moravuri nu sunt considerate ca tratament «mai puțin favorabil» în sensul articolului 3.
- b) Dispozițiile articolului 3 nu obligă o Parte Contractantă să extindă avantaje fiscale, scutiri și reduceri de impozite, care potrivit legilor privind impozitarea nu se acordă decât persoanelor fizice și societăților stabilite pe teritoriul său asupra unor persoane fizice și societăți stabilite pe teritoriul celeilalte Părți Contractante.
- c) Părțile Contractante vor analiza cu bunăvoință, în cadrul prevederilor legale interne, cereri de intrare și de afare ale unor persoane ale unei Părți Contractante pe teritoriul celeilalte Părți Contractante, atunci când cererea este legată de efectuarea unei investiții. Aceleași prevederi sunt valabile și pentru angajați ai unei Părți Contractante care doresc să între și să se stabilească pe teritoriul celeilalte Părți Contractante pentru a depune o activitate în calitate de angajați în legătură cu o investiție. De asemenea vor fi analizate cu bunăvoință cereri pentru acordarea autorizației de lucru.

(4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen im Sinne von Artikel 4 Absatz 2 in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage ist, eingegriffen wird und dadurch erhebliche wirtschaftliche Beeinträchtigungen erfolgen.

(5) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen.

(7) Mit dem Inkrafttreten dieses Vertrags tritt der Vertrag vom 13. Juni 1989 der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen im Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Moldau außer Kraft.

(4) Referitor la articolul 4

Pretenția la despăgubire este valabilă și în cazul în care printr-o măsură de stat în sensul articolului 4 alin. 2 se intervine în activitatea întreprinderii, care constituie obiectul investiției, și prin aceasta se aduc prejudicii considerabile economice.

(5) Referitor la articolul 7

Se consideră ca efectuat «neîntârziat» în sensul articolului 7 alin. 1 un transfer care se efectuează într-un termen considerat normal pentru respectarea formalităților de transfer. Termenul se calculează cu începere de la data depunerii cererii respective și nu are voie să depășească în nici un caz două luni.

(6) La transportul de mărfuri și de persoane efectuat în legătură cu o investiție nici o Parte Contractantă nu va interzice sau nu va pune piedici în calea întreprinderilor de transport ale celeilalte Părți Contractante și, în măsura în care va fi nevoie, va elibera aprobările necesare efectuării transporturilor.

(7) La data intrării în vigoare a prezentului Acord valabilitatea Acordului din 13 iunie 1989 între Republica Federală Germania și Uniunea Republicilor Sovietice Socialiste privind promovarea și protejarea reciprocă a investițiilor încetează în relațiile dintre Republica Federală Germania și Republica Moldova.

Geschehen zu Chisinau am 28. Februar 1994 in zwei Urschriften, jede in deutscher und rumänischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Semnat la Chișinău la 28 februarie 1994 în două exemplare originale, fiecare în limba germană și în limba română, ambele texte având aceeași valabilitate.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pentru Republica Federală Germania
Giffels

Für die Republik Moldau
Pentru Republica Moldova
Cheptene

Denkschrift zum Vertrag

I. Allgemeines

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt den wirtschaftlichen Aufbau der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion durch eine Reihe von Maßnahmen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Förderung privater Kapitalanlagen in diesen Ländern. Private Kapitalanlagen sind in besonderem Maße geeignet, die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder zu fördern und ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland zu verstärken. Investitionen der privaten Wirtschaft vermitteln neben Risikokapital vor allem auch technisches Wissen und unternehmerische Erfahrung.

Ein Mittel zur Förderung von Direktinvestitionen ist der Abschluß von Investitionsförderungsverträgen. Diese Verträge dienen der Förderung und dem Schutz privater Kapitalanlagen, indem sie bestimmte Rahmenbedingungen in völkerrechtlich verbindlicher Form festlegen.

Ein Vertrag ist ferner eine wichtige Voraussetzung für die Übernahme von Bundesgarantien gegen politische Risiken. Nach den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes kann der Bund derartige Garantien grundsätzlich nur dann übernehmen, wenn mit dem betreffenden Land ein Investitionsförderungs- und -schutzvertrag besteht.

Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Moldau entspricht im wesentlichen dem deutschen Mustervertrag, der auch Grundlage zahlreicher entsprechender Verträge mit anderen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion ist.

II. Zu den Vertragsbestimmungen

Der Vertrag besteht aus 13 Artikeln; ihm ist ein Protokoll beigelegt.

Zu Artikel 1

Die Bestimmung enthält die Definition der Begriffe „Kapitalanlage“, „Erträge“, „Staatsangehörige“ und „Gesellschaften“. Nach Protokollnummer 1 Buchstabe a genießen Erträge den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung enthält die allgemeine Förderungsklausel und das Prinzip einer gerechten und billigen Behandlung. Jede Seite sichert ferner zu, Kapitalanlagen von Investoren der anderen Seite nicht zu diskriminieren. Gemäß Protokollnummer 2 Buchstabe a genießen die nach den Rechtsvorschriften des jeweiligen Landes vorgenommenen Kapitalanlagen den vollen Schutz des Vertrags.

Nach Protokollnummer 2 Buchstabe b gilt der Vertrag auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandssockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

Zu Artikel 3

Hier ist der Grundsatz der Inländerbehandlung und der Meistbegünstigung niedergelegt. In der Protokollnummer 3 Buchstabe a werden einige Beispiele einer nach dem

Vertrag unzulässigen Schlechterbehandlung aufgeführt. Protokollnummer 3 Buchstabe b stellt klar, daß die Gewährung bestimmter steuerlicher Vergünstigungen an Gebietsansässige nicht im Widerspruch zum Gebot der Inländerbehandlung steht. Protokollnummer 3 Buchstabe c enthält eine Wohlwollensklausel hinsichtlich Einreise, Aufenthalt und Arbeitserlaubnis im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung behandelt den Enteignungsschutz sowie die Entschädigungspflicht und den ordentlichen Rechtsweg bei Enteignungsmaßnahmen. Eine Enteignung oder Verstaatlichung ist nur zum allgemeinen Wohl und gegen wertentsprechende Entschädigung zulässig. Der Investor hat Anspruch auf unverzügliche Zahlung der Entschädigung und bei Zahlungsverzug Anspruch auf bankübliche Verzinsung. Die Entschädigungspflicht erstreckt sich nicht nur auf unmittelbare Eingriffe in die Kapitalanlage als solche, sondern gemäß Protokollnummer 4 auch auf staatliche Eingriffe in das Unternehmen, an dem der Investor beteiligt ist, wenn dadurch die wirtschaftliche Substanz des Unternehmens erheblich beeinträchtigt wird. Bei Verlusten an Kapitalanlagen infolge Krieg, Staatsnotstand oder sonstiger Ausnahmesituationen wird Inländerbehandlung und Meistbegünstigung im Falle einer Entschädigung zugesichert. Im übrigen gilt für die in Artikel 4 geregelten Angelegenheiten Meistbegünstigung.

Zu Artikel 5

Die Bestimmung enthält das wichtige Prinzip des freien Transfers von Kapital und Erträgen.

Zu Artikel 6

Die Bestimmung enthält den Grundsatz der Subrogation. Sie stellt sicher, daß die Bundesrepublik Deutschland im Falle einer Entschädigungszahlung an den deutschen Investor aufgrund einer Bundesgarantie gegen politische Risiken die auf sie übergegangenen Rechte und Ansprüche des Investors im eigenen Namen gegenüber dem Vertragspartner geltend machen kann.

Zu Artikel 7

Der Transfer nach Artikel 4, 5 oder 6 ist unverzüglich zu dem jeweils gültigen Wechselkurs durchzuführen. Dieser Kurs muß dem Kreuzkurs entsprechen, der sich aus der Umrechnung der jeweiligen Währungen in Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds ergibt.

Gemäß Protokollnummer 5 darf die Transferfrist zwei Monate nicht übersteigen.

Zu Artikel 8

Günstigere Regelung für den Investor, sei es nach dem Recht des Anlagelandes oder aufgrund einer völkerrechtlichen Verpflichtung, gehen vor (sog. Besserstellungsklausel). Zugleich sichern die Vertragsparteien zu, daß sie dem Investor gegenüber übernommene Verpflichtungen einhalten werden.

Zu Artikel 9

Der Vertrag gilt auch für Altinvestitionen, die vor seinem Inkrafttreten in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der betreffenden Vertragspartei vorgenommen worden sind.

Zu Artikel 10

Die Bestimmung sieht das übliche Schiedsverfahren bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung des Vertrags vor.

Zu Artikel 11

Dieser Artikel sieht eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit bei Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Investor und dem jeweiligen Gaststaat vor.

Zu Artikel 12

Der Vertrag enthält die übliche Fortgeltungsklausel, falls keine diplomatischen Beziehungen bestehen sollten.

Zu Artikel 13

Der Vertrag steht unter dem Vorbehalt der Ratifikation. Nach dem Inkrafttreten gilt der Vertrag zunächst für zehn Jahre und wird sodann – mit zwölfmonatiger Kündigungsfrist – auf unbestimmte Zeit verlängert. Im Falle einer Kündigung bleiben die bis zum Außerkrafttreten des Vertrags vorgenommenen Kapitalanlagen noch weitere zwanzig Jahre lang geschützt.

Zum Protokoll

Das Protokoll enthält eine Reihe von Erläuterungen und Ausführungsbestimmungen, die Bestandteil des Vertrags sind. Abgesehen von den im Zusammenhang mit den jeweiligen Artikeln erwähnten Bestimmungen enthält das Protokoll in Nummer 6 ein Diskriminierungsverbot bei Beförderungen von Gütern und Personen im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

Nach Protokollnummer 7 tritt mit Inkrafttreten des deutsch-moldawischen Investitionsförderungsvertrags der Vertrag vom 13. Juni 1989 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken im Verhältnis zu der Republik Moldau außer Kraft.

